



Aristoteles für Demokraten

Demokratie heisst dauernde Debatte. Und die braucht einen Ort: Öffentlichkeit. Aber was ist das? Und was braucht es, damit Öffentlichkeit ihre Funktion erfüllt? Von Thomas Ribi

«Demokratie ist schön, macht aber viel Arbeit», hat Karl Valentin einmal gesagt. – Nein, das hat er natürlich nicht. «Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit», lautet sein so bodenständiger wie traumtänzerischer Satz. Nur das Diktum könnte einem in den Sinn kommen, wenn man die Debatten über die Zukunft der Demokratie verfolgt. Sie haben sich verschärft und sind zunehmend von einem resignativen Ton geprägt. Man diskutiert nicht mehr nur darüber, welche Zukunft die Demokratie haben könnte, sondern fragt ernsthaft, ob sie überhaupt eine Zukunft habe. Und die Antwort fällt nicht mehr so eindeutig aus wie vor zehn oder zwanzig Jahren. Die Demokratieeuphorie, die nach dem Ende des Kalten Kriegs herrschte, scheint verfliegen.

Das hat verschiedene Gründe. Zum einen stiess der Exportartikel Demokratie weltweit nicht auf die Nachfrage, die man erwartet hatte, und es erwies sich als sehr schwierig, in Ländern mit autokratischer Tradition demokratische Institutionen und rechtsstaatliche Prozesse aufzubauen. Zum anderen zeigen auch westliche Länder, dass Demokratie für sich allein noch nicht vor Fehlentwicklungen schützt. In Ungarn oder der Türkei wird die liberale Rechtsordnung von autoritären Regierungen Schritt für Schritt ausgehebelt. Mitten in Europa, in Deutschland, Polen, Italien oder Frankreich zum Beispiel, stellen rechts- und linkspopulistische Bewegungen demokratische Werte offen infrage. Und das tut seine Wirkung: Selbst in gefestigten demokratischen Milieus sind Vorbehalte an der Demokratie mittlerweile an der Tagesordnung.

Nur, dass Demokratie kein Selbstläufer ist, dürfte eigentlich keine neue Erkenntnis sein. Es gehört zu ihrem Wesen, dass sie dauernd infrage gestellt wird. Und dass sie immer wieder verteidigt werden muss. Sie ist die Staatsform, in der nahezu alles jederzeit verhandelbar ist, weil sie keine oder nur sehr wenige definitive Lösungen kennt. Demokratie ist die Staatsform des institutionalisierten Provisoriums, des institutionell gebändigten Streits. Das ist die Stärke der Demokratie. Sie ist nicht einfach nur ein Verfahren, um politische Entscheide zu finden, sondern eines, um Entscheide zu legitimieren. Weite Teile der Bevölkerung sind an der politischen Meinungsfindung beteiligt. Das stellt sicher, dass sich das Volk in den Entscheiden repräsentiert sieht. Die Verpflichtung

Öffentlichkeit muss ein Ort sein, an dem ich mich frei äussern darf, ohne Nachteile in Kauf zu nehmen. Aber sie ist kein Ort, an dem ich vor Zumutungen sicher bin.

auf die dauernde Debatte ist aber zugleich die Schwäche der Demokratie. Nicht nur, weil Debatten Zeit brauchen, sondern auch, weil sie auf einen Ort angewiesen sind, an dem sie ausgetragen werden können.

Das politische Wesen

Der Ort, an dem demokratische Gesellschaften ihre Debatten austragen, ist mit einem Wort benannt: Öffentlichkeit. Demokratie, das heisst Transparenz. Politische Fragen werden nicht von geheimen Emisariären beraten und umgesetzt, sondern vom Volk oder von Behörden, die vom Volk gewählt sind. Regierung, Parlament und Verwaltung müssen der Bevölkerung Rechenschaft über ihr Handeln ablegen.

Doch das ist nicht alles. Öffentlichkeit heisst auch, dass es ausserhalb der politischen Institutionen Orte geben muss, an denen das politische Gesehehen besprochen, diskutiert, kommentiert und kritisiert werden kann. Dass es Räume geben muss, in denen sich die Bürger über das verständigen können, was sie betrifft – und zwar ohne dass Behörden oder die Regierung Einschränkungen verfügen.

Eine exklusiv moderne Errungenschaft ist das nicht. Natürlich hat die vielfach ausdifferenzierte Öffentlichkeit, wie wir sie heute kennen, ihre Wurzeln in der Aufklärung – in den Salons, den Versammlungen von gelehrten Gesellschaften und Collegien, in denen über das Neueste aus Politik, Literatur, Kunst und Philosophie diskutiert wurde. Natürlich hat das Aufkommen der modernen Massenmedien die Öffentlichkeit vergrössert und auf eine neue Basis gestellt. Und natürlich haben die sozialen Netzwerke der Öffentlichkeit neue Dimensionen erschlossen. Nur hat die Logik, die der politischen Öffentlichkeit zugrunde liegt, einer der frühesten politischen Philosophen Europas bereits im vierten Jahrhundert vor Christus umschrieben – knapp, aber präziser, als wir es heute vielfach tun.

Wenn Aristoteles den Menschen als «zoon politikón» definiert, als politisches Wesen, dann meint er im Grunde genau die Fähigkeit des Menschen, Entscheide, welche die Gemeinschaft als Ganze betreffen, in einem Bereich zu fällen, der vom privaten Leben jedes Einzelnen getrennt ist. Aristoteles meint den griechischen Stadtstaat, er meint die Polis

Athen. Aber er definiert damit zugleich das, was wir als Öffentlichkeit bezeichnen.

Hannah Arendt hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass der Begriff des Politischen bei Aristoteles auf einem zentralen Grundsatz beruht: dass Politik die Sphäre des Wortes ist, des Logos. Für Aristoteles ist der Mensch nicht nur ein politisches Wesen, sondern auch das Wesen, das über den Logos verfügt, über die Gabe des Wortes. Politik ist der Ort, an dem das Wort herrscht. Und die Kunst der Politik bestehe darin, zum rechten Zeitpunkt das richtige Wort zu finden, um damit ein Handeln im Sinne der Polis auszulösen.

Zwang und Gewalt haben in der politischen Öffentlichkeit nichts zu suchen. Wer Erfolg haben will, muss überzeugen. Das heisst auch, dass sich die Akteure als Gleiche unter Gleichen begegnen. Für die politische Öffentlichkeit muss im Grundsatz das Gleiche gelten, was Hannah Arendt für die Politik statuiert hat: dass sie ein Bereich der Freiheit ist. «Das Wort ist frei», heisst es bei der Landsgemeinde. Und das heisst: Jetzt zählt allein das bessere oder zumindest das überzeugendere Argument.

Öffentlichkeit ist eine Ausdrucksform bürgerlicher Freiheit. Und wie die Freiheit selber ist sie dauernd bedroht. Sie muss immer wieder verteidigt werden. Gegen Übergriffe eines Staats, der sich Übergriffe anmass. Aber auch gegen Angriffe politischer oder gesellschaftlicher Gruppen, die glauben, sie dürften die Spielregeln für das öffentliche Gespräch nach ihrem Belieben definieren – zum Beispiel durch einschränkende Sprachregelungen im Dienst politischer Korrektheit. Wenn Öffentlichkeit die Funktion erfüllen soll, die sie als Ort des permanenten Gesprächs der Gesellschaft über sich selber hat, dann darf sie nicht nur ein Freiraum sein, der vom Staat nicht bedrängt wird. Sie muss in sich die Freiheiten gewährleisten, die ein solches Gespräch überhaupt erst möglich machen.

Was ich nicht verstehen will

Sprechverbote sind Denkverbote. Und sie sind der Tod jeder demokratischen Öffentlichkeit. Öffentlichkeit ist zwar ein geschützter Raum – insoweit die Bürger vor Anmassungen des Staates geschützt sein müssen. Sie muss ein Ort sein, an dem ich mich frei äussern darf, ohne Nachteile in Kauf zu nehmen. Aber sie ist kein Ort, an dem ich vor Zumutungen sicher bin. Zum Beispiel vor Meinungen, die ich nicht teile, oder vor Lebensweisen, mit denen ich mich nicht identifizieren kann. Öffentlichkeit heisst, dass ich mich mit meiner Person und mit meinen Ansichten anderen Menschen und Positionen aussetze, auch wenn sie mir zutiefst widerstreben – und dass ich akzeptiere, dass ich dafür auf Widerstand stosse.

Das ist oft mühsam und manchmal schlicht ärgerlich. Nur intellektuelle Auseinandersetzung beginnt immer erst da, wo ich mich aus meiner gedanklichen Komfortzone herausbewegen muss. Wo ich den Versuch mache, etwas zu verstehen, was ich nur schwer verstehen kann – vielleicht auch deshalb, weil ich es eigentlich gar nicht verstehen will. Aber nur wenn ich das tue, kann ich dagegen argumentieren oder mich auch einmal von etwas überzeugen lassen, was ich bisher abgelehnt habe. Genau das meint Aristoteles, wenn er die Politik auf den Logos verpflichtet.

Das Wort ist frei. Aber es ist nicht unverbindlich. Politische Rede ist auf Überzeugung angelegt, aber sie gründet in der Verantwortung des Sprechers, der über sein Reden jederzeit Rechenschaft ablegen muss. Redekunst darf nicht zum Selbstzweck werden. Ein Redner, der sich nicht der Wahrhaftigkeit verpflichtet, wird zum Sophisten: zu einem Gambler, der sich weder um Gut und Böse noch um Recht oder Unrecht kümmert, wenn ihm das nur einen Vorteil bringt. Zum guten Reden gehört für Aristoteles selbstverständlich auch das Pathos: die Fähigkeit, Emotionen zu wecken und mit den Leidenschaften der Zuhörer zu spielen.

Das ist nicht nur legitim, es ist fundamental wichtig. Politische Diskurse finden schliesslich nicht unter Robotern statt, sondern unter Menschen, die sich in ihren Entscheidungen nicht nur von trockenen Argumenten, sondern auch von Gefühlen leiten lassen. Doch Aristoteles zieht auch da eine klare rote Linie: Politische Rede ist eine Rede, welche die Dinge klar benennt, ohne Rücksicht auf falsche Empfindlichkeiten. Aber sie muss immer der Wahrheit verpflichtet bleiben. Gleichberechtigt neben den Logos und das Pathos setzt Aristoteles das Ethos – den integren Charakter, ohne den ein Redner seine Glaubwürdigkeit verspielt.

Klar, Aristoteles wusste nichts von Massenmedien, von Internet oder Social Media. Nichts von Fake-News, alternativen Fakten oder Shitstorms. Der Dauerkanon von Informationen und Meinungen, in dem politische Debatten heute stattfinden, liegt jenseits dessen, was er sich hätte vorstellen können. Und ein besonderer Freund der Demokratie war er nicht – er hielt sie für eine nur schlecht verkappte Tyrannei des Pöbels. Trotzdem setzt seine Definition der Politik Leitplanken für das, was wir als demokratische Öffentlichkeit bezeichnen: Sie kann nur gelingen, solange ein Logos herrscht, der mit dem Ethos verbunden ist. So lange also, als belastbare Aussagen gemacht werden. Aussagen, für die jemand einsteht. Das macht viel Arbeit, wie Karl Valentin sagen würde. Aber wo diese Verantwortung fehlt, ist es mit der Freiheit nicht weit her.